



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Zukunftspolitik statt Perspektivlosigkeit für die Jugend in Schleswig-Holstein**

zu TOP 49, Drucksache 17/1145

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass die Anforderungen und Herausforderungen an die heutige junge Generation durch gesellschaftliche, ökonomische und demografische Veränderungen gestiegen sind. Das Land braucht daher eine Offensive in der Jugendpolitik, um junge Menschen in ihrer Entwicklung zu unterstützen, ihnen Perspektiven in Schleswig-Holstein zu geben und Chancengerechtigkeit zu verwirklichen. Die Zukunftsaussichten junger Menschen dürfen nicht von ihrer sozialen Herkunft abhängen. Kinderarmut zu bekämpfen und soziale Ausgrenzung zu verhindern, muss das oberste Ziel einer Jugendpolitik sein.

Jugendpolitik ist ein eigenes Politikfeld, aber gleichzeitig auch eine Querschnittsaufgabe. Daher ist die Vernetzung mit den Bereichen wie Bildungs-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Familien- und Integrationspolitik zu stärken. Hierbei sollen bereits gut etablierte Modelle wie z. B. das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt als Beispiel dienen. Vor allem ist der in der letzten Legislaturperiode initiierte und gut etablierte „Kinder- und Jugendaktionsplan“ mit seinen Elementen offensiv fortzusetzen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, folgende Ziele in der Jugendpolitik aufzugreifen und umzusetzen:

#### Auf den Anfang kommt es an

- Ein präventiver Kinderschutz durch Frühe Hilfen und Familienbildung stellt die frühe Förderung von Kindern sicher. Die Umsetzung des Kinderschutzes in Schleswig-Holstein darf nicht durch Kürzungen der finanziellen Mittel und durch Verlagerungen in das Ehrenamt gefährdet werden. Der Gesundheitsschutz und die Gesundheitsförderung Jugendlicher müssen durch die Initiierung umfassender Präventionskampagnen in den Bereichen Ernährung, Suchtrisiken und psychische Gesundheit nachhaltig gestaltet werden. Der

Breitensportförderung kommt für die somatische Gesundheit eine zentrale Bedeutung zu.

### Gleiche Bildungschancen für alle

- Kinder und Jugendliche haben unabhängig von ihrer ethnischen und sozialen Herkunft, ihres Geschlechts und unabhängig von Behinderungen einen Anspruch auf eine individuelle Förderung im Schulsystem. Es ist eine zentrale Aufgabe des Bildungswesens, Nachteile aufgrund der sozialen Herkunft durch Bildungsgerechtigkeit auszugleichen. Ein solches Bildungswesen muss einfach, transparent und durchlässig sein. Soziale Herkunft oder persönliche Beeinträchtigungen dürfen nicht über den Bildungserfolg bestimmen. Das Ziel muss es sein und auch in Zukunft bleiben, dass möglichst kein Jugendlicher ohne einen Schulabschluss und ohne eine berufliche Qualifikation das Bildungssystem verlässt. Um dies zu erreichen,
  - müssen ein möglichst langes gemeinsames Lernen und eine individuelle Förderung miteinander verbunden werden,
  - ist der Ausbau der frühkindlichen Bildung weiter voranzutreiben und muss der Weg zur Ganztagschule konsequent und zügig fortgesetzt werden,
  - muss der Zugang zu allen Ebenen des Bildungswesens von der Betreuung für unter 3-jährige bis zum Hochschulstudium gebührenfrei und unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Familie offen gehalten werden,
  - ist die bedarfsgerechte Versorgung mit Sozialarbeit an allgemein bildenden und beruflichen Schulen sicherzustellen, um die soziale Integration der Jugendlichen zu unterstützen.
- Der Übergang von der Schule zur Ausbildung muss noch besser gelingen. Die berufliche Integration von Jugendlichen ist stetig zu verbessern. Das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt hat sich bewährt, bedarf jedoch in einer sich ständig wandelnden, globalisierten Wirtschaftsstruktur ständiger Entwicklung und Synchronisation. Zudem müssen Berufsvorbereitende Maßnahmen besser koordiniert und auf Ausbildungsabschlüsse angerechnet werden. Ein effektives Bündnis für Ausbildung ist notwendig, so dass allen Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, auch ein Ausbildungsplatz garantiert wird. Zur Verbesserung der Ausbildungssituation und der Ausbildungsqualität müssen alle Akteure (Schule, Wirtschaft, Jugendliche und ihre Eltern) nachhaltig miteinander kooperieren.

### Beteiligung von jungen Menschen stärken

- Teilhabe an der Gesellschaft über Mitbestimmung ist eine grundlegende demokratische Erfahrung für Kinder und Jugendliche, daher müssen sie noch stärker in die Entscheidungsprozesse eingebunden sowie Mitwirkungsmöglichkeiten weiter entwickelt werden. Hierzu gehören auch die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und den Ausbau der verpflichtenden Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Gemeinden.

- Über die staatlich organisierte Bildung hinaus ist die ganzheitliche Entwicklung von jungen Menschen durch Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendtourismus sowie Freizeitsport und weitere Freizeitangebote zu fördern. Es gilt die Entwicklung einer eigenständigen Jugendkultur sowie die kulturelle Jugendbildung zu unterstützen. Geschlechtsspezifische Angebote müssen wieder vorgehalten werden.
- Gesellschaftliches Engagement eröffnet jungen Menschen die Chance persönlicher und beruflicher Orientierung. Es bietet neue Lernerfahrungen, vermittelt fachliche, soziale und interkulturelle Fähigkeiten und stärkt die Selbstständigkeit, das Selbst- sowie das Verantwortungsbewusstsein junger Menschen gleichermaßen. In vielfältiger Weise steigt das bürgerschaftliche Engagement von Jugendlichen stetig an. Dies gilt es weiter zu unterstützen und zu fördern. Um vor allem benachteiligte Jugendliche zu erreichen, sollten Kooperationsprojekte mit Schulen ausgebaut werden. Jugendfreiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements für junge Menschen. Die Jugendfreiwilligendienste in Schleswig-Holstein müssen daher qualitativ und quantitativ weiter ausgebaut werden, so dass jedem Jugendlichen, der ein Freiwilligendienst leisten will, ein Platz angeboten werden kann.

#### Medienkompetenz fördern

- Unsere Gesellschaft entwickelt sich immer stärker zu einer Kommunikationsgesellschaft, die besondere Anforderungen an die Medienkompetenz der Jugendlichen stellt. Um interessengeleiteter Beeinflussung angemessen entgegenzutreten zu können, muss jungen Menschen die Fähigkeit, mit Inhalten kompetent und selbstbestimmt umzugehen, vermittelt werden. Mehr Aufmerksamkeit ist daher auf die Prävention, die Vermittlung eines kritischen Umgangs mit den Medien sowie die Aufklärung über Gefahren und über den Datenschutz zu richten. Dies kann durch die Stärkung der Vermittlung von Medienkompetenz in allen Bildungseinrichtungen erreicht werden.

#### Generationen zusammenführen

- Um einem Generationenvorbehalt Jugendlicher entgegen zu wirken, soll der Dialog zwischen den Generationen nachhaltig und auf vielfältige Weise angeregt werden. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind eigenständige Konzepte hierfür zu entwickeln.

Serpil Midyatli  
und Fraktion